



Fahrplan aus der Krise

Wie der Managerkreis die wirtschaftspolitische Zukunft sieht:
Gerechte Lastenverteilung, echter Strukturwandel, ein europäischer Blick

Die Krise zeigt, wozu Politik in der Lage ist

Das ist belegt

Deutschland war für das kurzfristige Managen der Krise gut gerüstet. Die Krise zeigt den Wert intakter, handlungsfähiger Institutionen. Das zügig

ausgezahlte Kurzarbeitergeld hat Teile der deutschen Wirtschaft stabilisiert. Gleichzeitig wurden die vorhandenen Defizite offensichtlich.



Davon gehen wir aus

Die Krise verstärkt den Strukturwandel: Die bisherigen Herausforderungen ‚vor Corona‘ bleiben auch ‚nach Corona‘. Wir müssen die Zeit nutzen, nicht nur die wirtschaftliche Situation zu stabilisieren, sondern die Weichen für die Zukunft zu stellen. Wirtschaftliche Stabilität heißt nicht nur, bestehende Unternehmen und Arbeitsplätze für morgen zu retten, sondern auch Investitionen in Zukunftstechnologien sicherzustellen. Es gilt die richtigen Schlüsse aus der Tatsache zu ziehen,

dass sich z.B. der berufliche Verkehr zum Arbeitsplatz verändern wird, der Onlinehandel nicht wieder vollständig in die Geschäftsräume vor Ort verlagert wird, Reisen jeglicher Art reduziert werden, Fluggesellschaften nicht die frühere Auslastung erreichen. Wir müssen mit wachsender Komplexität und Unsicherheit umgehen. Entscheidungen müssen – noch mehr als bisher – auf der Grundlage unvollständiger Informationen getroffen werden.



Neue Zielvorgaben

Es gibt vier kurzfristige Ziele: Wirtschaftliche Auswirkungen der Krise abfedern. Das Gesundheitssystem stützen. Das Bildungssystem digitalisieren. Impulse für nachhaltiges Wachstum setzen. Fahren auf Sicht ist dafür nicht ausreichend. Der

Krisenbewältigung muss eine Richtung gegeben werden. Es ist ein echter Strukturwandel erforderlich. Die Klimakrise wird sich in den bestehenden Strukturen nicht lösen lassen.



Das ist zu tun

Wir müssen die Chance nutzen, **in Zukunftstechnologien und in Bildung zu investieren**, für klimagerechte Mobilität und bezahlbares Wohnen zu sorgen, einer möglichen Verödung der Innenstädte entgegenzuwirken, Arbeitsplätze zu sichern und Zukunftsjobs zu fördern. Tech-

nische und digitale Innovationen können helfen, Zielkonflikte zu überwinden und die Klimaziele zu erreichen. An dieser Zukunftsorientierung sollen alle Maßnahmen und Instrumente gemessen werden.



Gerechte Lastenverteilung

Das ist belegt

Die solide Haushaltspolitik der letzten Jahre hat den Spielraum eröffnet, um kurzfristig mit massiven Staatshilfen Unternehmen, Beschäftigten und Selbständigen unter die Arme zu greifen und den Kollaps der Wirtschaft als Folge des Lockdowns zu verhindern. Durch die schwarze Null und die

Schuldenbremse bestand hoher fiskalpolitischer Spielraum. Der Schuldenstand ist durch hohes Wachstum zurückgegangen; beides konnte genutzt werden. Diese Spielräume wurden in der Vergangenheit nicht ausreichend für Investitionen genutzt.



Davon gehen wir aus

Teile unserer Gesellschaft sowie die nachfolgende Generation laufen Gefahr, Erwerbs- und Vermögensverluste zu erleiden. Menschen mit sicheren Arbeitsplätzen und gutem Einkommen oder einem guten Rentenniveau sowie Unternehmen mit einem Angebot krisenresilienter Güter und Dienstleistungen erleben die Krise weitgehend in Sicherheit – andere nicht. Die coronabedingte Insolvenz grundsätzlich wettbewerbsfähiger

Unternehmen gefährdet die Wachstums- und Wohlstandspotenziale in der Zukunft. Die heute 20-30jährigen haben schon jetzt Schwierigkeiten, eine vernünftige Altersvorsorge und Immobilienvermögen aufzubauen. Die hohe Neuverschuldung des Staates und die Risikoübernahmen durch die öffentlichen Haushalte führen zu Belastungen in der Zukunft. Es wird deshalb eine verteilungspolitische Debatte geben.



Neue Zielvorgaben

Wir müssen mehr investieren als vorher. Neue Ausgaben müssen massiv in Richtung Zukunftsinvestitionen gesteuert werden. Krisenbewältigung bedeutet nicht, eisern zu sparen. Man muss an zukunftsrelevanten Stellen im Gegenteil mehr investieren. Die Belastungen sollen generationsbe-

zogen gerecht und ökonomisch „mobilisierend“ verteilt werden. Die erforderlichen Steuern und Abgaben dürfen nicht allein durch die arbeitende Mitte aufgebracht werden. Das würde die Wirkung der Zuschüsse und Hilfsprogramme neutralisieren. Das Steuersystem ist überkomplex und



sollte im Kern überarbeitet werden. Mit Blick auf die internationalen Kapitalflüsse und Handelsströ-

Das ist zu tun

Um in nachhaltige unternehmerische Wertschöpfung und Infrastruktur investieren zu können, sollten auch private Vermögen stärker durch steuerliche und andere Anreize in solche Investitionen gelenkt werden. Darüber hinaus ist eine **REFORM DER ERBSCHAFTSSTEUER**, die bei Personengesellschaften Steuerstundungen zulässt, um besteuerten Veräußerungen oder Insolvenzen vorzubeugen, geeignet, um hohe Vermögen wieder adäquat an der Finanzierung des Gemeinwohls zu beteiligen. Auf der Unternehmensseite sollte der **steuerliche Verlustrücktrag** ausgeweitet werden, um zusätzliche Spielräume für Liquidität und Investitionen zu schaffen. Ähnliches gilt für temporär begrenzte Sofortabschreibungen. Um Innovationen voranzutreiben, ist ein deutliches **höheres Maß an Risiko- und Wagniskapital** erforderlich.

Manche Instrumente können nur auf der europä-

me, die aufrechterhalten werden müssen, ist die Corona-Krise nur global und europäisch lösbar.

ischen Ebene erfolgversprechend umgesetzt werden. Deutschland muss sich hier stärker engagieren. Um auch die Unternehmen zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben heranzuziehen, die bisher wenig beigetragen haben, gehört dazu die Einführung einer **Unternehmensbesteuerung mit einheitlicher Bemessungsgrundlage** und eine **Mindestbesteuerung**.

Eine gerechte Lastenverteilung muss die Wachstumspotenziale unserer Volkswirtschaft im Blick behalten. Die Erfahrung der vergangenen Jahre zeigt, dass nur durch nachhaltiges Wirtschaftswachstum höhere Steuereinnahmen und damit Konsolidierung unter Erhaltung von Haushaltsspielräumen gewährleistet werden können. Der Zielkonflikt zwischen nachhaltigem Wachstum zum Erhalt unseres Wohlstands und der angestrebten Klimaneutralität erfordert eine **breite gesellschaftliche Debatte**.



Zukunftsorientierung: innovativ, digital, sicher

Das ist belegt

Die Corona-Krise hat einen Digitalisierungsschub ausgelöst und gleichzeitig die digitalen Defizite in der Verwaltung, Schulen, Gesundheitsversorgung sowie Infrastruktur offengelegt. Der Veränderungsdruck ist immens: Die Verwaltung unterliegt hohen Belastungen durch den Kulturwandel und den Bedarf an Aus- und Weiterbildung. Arbeiten von zu Hause aus ist möglich und sinnvoll – wenn die Voraussetzungen stimmen. Schulen und Lehrkräfte sind für das digitale Zeit-

alter weder in Bezug auf die technische Ausstattung noch die Lernkonzepte gerüstet. Je nach Datenanbindung der Schulen und Haushalte sowie digitaler Ausstattung der Kinder laufen Teile der jungen Generation Gefahr, abgehängt zu werden. Dies betrifft insbesondere Schülerinnen und Schüler im ländlichen Raum sowie einkommensschwache Familien. Unser Gesundheitssystem hat die Bewährungsprobe vorerst bestanden. Gleichzeitig sind auch hier die Defizite bei



der Digitalisierung und Vernetzung von Ärzten, Krankenhäusern, öffentlichem Gesundheitsdienst und Gesundheitsämtern sichtbar worden. Die Löhne im Dienstleistungssektor sind zu niedrig und nicht an die Arbeitsbedingungen angepasst.

Davon gehen wir aus

Programme zur digitalen Verwaltung und Entbürokratisierung entlasten kleine und mittlere Unternehmen. Gerade KMU würden profitieren, wenn Unternehmen von Auflagen und Nachweisen befreit werden. Homeoffice und hybrides Arbeiten erfordern Arbeitsplatz- und Zeitsouveränität

Neue Zielvorgaben

Die Herausforderungen der Digitalisierung sind ausreichend beschrieben. Es ist erforderlich, Digitalisierung anders zu denken und den Ausbau digitaler Konzepte – unter den fairen Bedingungen einer sozialen Marktwirtschaft – zu beschleunigen. Der Fokus muss auf der Umsetzung liegen. Das Ziel sind Digitalisierungsstrategien, die die

Das ist zu tun

Die **DIGITALISIERUNG DER VERWALTUNG** muss Priorität haben mit konkreten Zeit- und Zielvorgaben. Klare Zuständigkeiten in den Ministerien sorgen dafür, dass Prozesse überprüft, ohne Medienbrüche digital abgebildet und schlanker gemacht werden. Resiliente Verwaltungssysteme erfordern eine Infrastruktur mit den notwendigen technischen Ausstattungen, dem nötigen Zugriff auf Daten und E-Akten. Voraussetzung: die Verwaltung stellt sich datenorientierter auf und das Personal bringt die nötigen Kompetenzen mit oder wird intensiv dafür geschult. Der Weg dorthin erfordert ausreichend Personal und Ressourcen.

Homeschooling hat die Notwendigkeit des Auf- und Ausbaues der **digitalen Infrastruktur**

Es stellen sich auch Datenschutzfragen, die vielen wichtigen Entwicklungen entgegenstehen und die in der Umsetzung einer neuen Bewertung bedürfen.

– d.h. Wahlmöglichkeiten, wo immer diese möglich sind. Digitalisierung scheitert oft weniger am Geld als an Konzepten, Kompetenzen und dem Willen, diese umzusetzen – auch gegen Widerstände.

Vorteile digitaler Prozesse nutzbar machen und die Daten und die Rechte der Individuen schützen. Nur so können wir mittelfristig den entstandenen Vorsprung der USA und Chinas verringern und uns langfristig wieder Wettbewerbsvorteile erarbeiten.

in Schulen offenbar gemacht. Über den Digitalpakt hinaus muss massiv in digitales Lernen, Qualifikation von Lehrkräften, Reduzierung von Bildungsbenachteiligung und Qualitätssicherung in Schulen investiert werden mit konkreten Zeit- und Zielvorgaben. Das beginnt mit einer **Beratungsoffensive des Bundes für Schulen** gemeinsam mit den Ländern, um technische Anpassungen genauso wie die digitalen Lerninhalte voranzubringen.

Das Bildungssystem muss dafür gerüstet werden, der Notwendigkeit der Qualifizierung von Menschen auf Grund der Veränderungen durch die Digitalisierung gerecht zu werden. Diese Notwendigkeiten werden alles übersteigen, was bisher an Weiterbildungsnotwendigkeiten in den Betrie-



ben sichtbar ist. Wir brauchen ein Bildungssystem, das allen Menschen einen lebenslangen Zugang zu Lernen und Weiterbildung ermöglicht. Dies erfordert eine konzentrierte, gemeinsame Anstrengung durch eine **Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung**. Die Konzepte müssen weiterentwickelt werden; die Bildungsgutscheine sind ein erster Schritt. Wir müssen jede und jeden Einzelnen davon überzeugen, dass sich Weiterbildung lohnt. Wer ein Leben lang arbeitet, muss deshalb auch ein Vermögen deutlich über dem Existenzminimum aufbauen können. Die Mindestlohnkommission sollte dieses Kriterium bei der Festlegung des Mindestlohns heranziehen.

Im Gesundheitssystem muss eine daten- und netzwerkbasierte **intersektorale Versorgung**

vorangetrieben werden. Ein innovationsfreundlicher Rahmen ermöglicht mehr Wettbewerb, eine globale Rolle beim Einsatz künstlicher Intelligenz und den Erhalt von hochwertigen Arbeitsplätzen in Deutschland.

Geschäfte online zu erledigen ist nicht nur ein vorübergehender Trend. Eine stärkere und angemessene **Regulierung von Plattformen** beinhaltet die Vermeidung von Monopolen, faire Arbeitsbedingungen für die dort Beschäftigten sowie die Schaffung von Handelsplattformen auch für kleine und mittlere Unternehmen.

Die bekannte Barriere im System ist der **zügige Ausbau der Netzinfrastruktur**.



Gesellschaft & Wirtschaft resilienter und nachhaltig wettbewerbsfähig machen

Das ist belegt

Die Maßnahmen zur Krisenabwehr haben es ermöglicht, temporär Strukturen aufrecht zu erhalten – gerade in Schlüsselbranchen und Großunternehmen. Schlechter sieht es z.B. für

Selbstständige und die Kreativwirtschaft aus, die lange durch das Raster der Krisenmaßnahmen gefallen sind.



Davon gehen wir aus

Unternehmen müssen sich darauf einstellen, dass dies nicht die letzte Pandemie war. In einem Zeitalter ständig wachsender globaler Aktivitäten mit (bisher) extrem steigenden Mobilitätswünschen sind auch zukünftig ähnliche Entwicklungen zu befürchten. Gleichzeitig gilt: Offene, demokratische, marktwirtschaftliche Systeme sind sehr flexibel, einen Motor wieder zum Anspringen zu bringen. Die industriellen Strukturen werden sich zu Lasten mancher Unternehmen und Wirtschaftszweige konsolidieren und verändern. Di-

gitale Geschäftsmodelle werden an Bedeutung weiter zunehmen. Das Wirtschafts- und Arbeitsleben wird flexibler und virtueller werden.

Bei manchen Produkten wird die Nähe zum Kunden wieder zum Kriterium für die Verlagerung von Produktionsstandorten werden. Unternehmen werden ihre Produktionsstandorte diversifizieren, um die Abhängigkeit von einzelnen Märkten zu reduzieren. Manche Liefer- und Wertschöpfungsketten werden sich auch des-



halb ändern. Insgesamt werden sich die Warenströme und Lieferketten coronabedingt wenig verändern. Gleichzeitig steht ein systemischer Wandel hin zu mehr Nachhaltigkeit an. Diese Entwicklung in Richtung höherer Resilienz und

Neue Zielvorgaben

Im Szenarienprozess des Managerkreises wurde 2019 das Szenario „Created by Germany – Deutschland 2035“ entwickelt: Das Wirtschaftswachstum ist selbstgetrieben und die Entwicklung des demokratischen Systems findet in einem geordneten Dialog statt. Das ist heute keine Selbstverständlichkeit. Es gilt, die Spaltung der Gesellschaft stark zu verringern und langfristig belastbare Brücken zwischen politischen und gesellschaftlichen Lagern zu bauen. Diese Zielvorgabe hat neu an Aktualität gewonnen.

Das ist zu tun

Der systemische Wandel und die Umstellung auf nachhaltige Produktion und Geschäftsmodelle bleiben angesichts der Klimakrise ganz oben auf der Tagesordnung. Aufgrund mangelnder Substitutionsmöglichkeiten können nicht alle Produkte ersetzt werden. Grundstoffe wie Stahl und Metalle, Chemieprodukte oder Maschinen werden benötigt, um die Nachhaltigkeitswende erfolgreich zu meistern. Windräder brauchen Grundstoffe. Das gilt auch für die Technologien, die wir für den Umbau der Energieversorgung benötigen. Wir werden weiterhin Gebäude, Infrastruktur- und Mobilitätsprodukte bauen, auch wenn die benötigten Produkte heute noch einer energieintensiven Produktion unterliegen. Aber wir müssen klären, welche Rohstoffe wir dafür benötigen und wie wir die Prozesse zur Herstellung dieser Produkte gestalten. Deshalb ist eine **technologieoffene Industriepolitik** Grundvoraussetzung für den nachhaltigen Wandel, der unserer eigenen Innovationskraft unterliegt und unsere Wettbewerbsfähigkeit nicht gefährdet.

„in Kreisläufen denken und handeln“ wird sowohl von regulatorischen Maßnahmen als auch durch die Erwartungen der Konsumentinnen und Konsumenten getrieben.

Der Green Deal der Europäischen Union gibt eine Antwort darauf. Er weist uns den Weg zu Klimaneutralität und Nachhaltigkeit, ohne unsere Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit zu schmälern. Der europäische Green Deal vereint ökologische Notwendigkeit und ökonomische Leistungsfähigkeit. Dieser Leitgedanke muss noch stärker in das Bewusstsein dringen und in unserem Alltag Anwendung finden. Progressive Wirtschaftspolitik setzt in diesem Sinne Impulse für nachhaltiges Wachstum und nutzt die innovative Industrie als Problemlöser beim Klimawandel.

Wir wollen die Kreislaufwirtschaft ausbauen und damit neue Wertschöpfung aufbauen und gestalten. Dazu gehört auch die Umsetzung der deutschen und europäischen Wasserstoffstrategie, die das Potenzial hat, die globalen Wertschöpfungsketten zu verändern. Wir brauchen **Reallabore** (wie bei der Forschung zu grünem Wasserstoff), um mit der gewachsenen Komplexität und Unsicherheit umzugehen und ausprobieren zu können. Wir müssen diese Ergebnisse rasch nutzen und die daraus erwachsenden Lösungen schnell skalieren. Es sind umfangreiche Mittel für Zukunftsinvestitionen vorhanden. Das Problem sind nicht die Mittel selbst, sondern die **Umsetzung von Maßnahmen, der Abfluss der Mittel und der Mut bei der Anpassung** der dafür erforderlichen Rahmenbedingungen.

Externe Effekte sollen im Preis der Produkte sichtbar werden. Externalisierte Kosten müssen zukünftig auch in Unternehmensbilanzen eingepreist werden; Mechanismen müssen gefunden



werden, die Unternehmen zu unterstützen, die im globalen Wettbewerb vorangehen. Ansonsten sind Klimaziele nicht erreichbar. Unternehmen müssen in die Zukunft investieren und lernen, sich **resilienter** neuen Umweltzuständen gegenüber aufzustellen. Die Unternehmenskultur muss sich in Richtung Veränderungskultur bewegen.

Gesellschaftlich müssen wir uns **auf die konzentrieren, die bei den anstehenden Veränderungen am meisten unter Druck geraten**. Es gibt Millionen Kleinstunternehmer_innen, viele im Kulturbetrieb und im Handwerk, KMU sowie Existenzgründer. Sie alle brauchen Ermutigung und eine Perspektive. Selbständige werden oft als Reiche wahrgenommen; Scheitern gilt als Tabu. Nur wer mutig ist, kann auch scheitern und braucht unsere Unterstützung. Wir brauchen mehr Verständnis für eine sich verändernde Arbeitswelt. Start-ups brauchen keine Kredite,

sondern Risikokapital, Entbürokratisierung und Zuschüsse.

Es ist richtig und im deutschen Interesse, dass der europäische Wiederaufbaufonds ein umfassendes Konjunktur- und Investitionsprogramm umfasst und **mehr als die Hälfte davon als Zuschüsse** gezahlt wird. Ohne diese Zuschüsse lässt sich der Süden Europas nicht stabilisieren. Die Verwendung der Mittel sollte kontrolliert werden. In Folge der Krise ist eine kritische **Debatte über unseren Umgang mit der Globalisierung**, die Art und Weise, wie wir Wirtschaft betreiben und die verantwortliche Gestaltung von Lieferketten erforderlich. Welches Maß an Schulden ist bei alledem akzeptabel? In wie weit bleibt das deutsche exportorientierte, stark industriegeprägte Wirtschaftsmodell erhalten? Wie erfolgt die Erweiterung von einer vorwiegend produktionsorientierten Wirtschaft in eine ebenfalls **nachhaltige Innovationsgesellschaft?**



Mehr Debatte über die Rolle Deutschlands in Europa und in der Welt

Das ist belegt

Die Corona-Pandemie hat zunächst Protektionismusreflexe in den EU-Mitgliedsländern hervorgerufen, vor allem bei den Schutzmaßnahmen für die einheimische Bevölkerung. Doch die Erkenntnis, dass kein Nationalstaat allein ein effektives Krisenmanagement betreiben kann, setzte sich rasch durch. Das gilt nicht nur für die aktuelle Bekämpfung der Pandemie. Die EU und ihre Mit-

glieder sind bei der Bekämpfung des Klimawandels, in der Sicherheitspolitik, beim wirtschaftlichen Wiederaufbau, bei Cybersicherheit oder der Schaffung von Standards in der Digitalisierung darauf angewiesen miteinander, bilateral, multilateral und mit globalen Organisationen zusammen zu arbeiten.



Davon gehen wir aus

Die globale Stabilität, die ein entscheidendes Element für unseren Wohlstand in Europa ist, und der bisherige gemeinsame globale Kon-

sens westlicher Prägung werden durch regionale und internationale Konflikte und einen neuen systemischen Wettbewerb in Frage gestellt. Die

Corona-Pandemie und der sino-amerikanische Handelskonflikt verstärken Trends zu mehr Protektionismus und die Relokalisierung von Wertschöpfung. Deutschland bleibt jedoch mit seiner Exportwirtschaft weiterhin auf offene Märkte angewiesen.

Innerhalb der EU hat Corona negative Auswirkungen auf die Konvergenz des Währungs- und Wirtschaftsraums sowie für die Binfähigkeit der Wertegemeinschaft insgesamt. Der Euro ist als Sicherheitswährung der Welt so stark wie nie zuvor.

Neue Zielvorgaben

Deutschland und Europa müssen eine starke ordnungspolitische Rolle für sich in der Welt definieren und entwickeln. Deutschland wird mit den EU-Partnern mehr geopolitische Verantwortung übernehmen und mehr sicherheitspolitische Lasten tragen müssen. Die EU muss sich emanzipie-

Das ist zu tun

Deutschland muss sich stärker um den innereuropäischen Zusammenhalt und eine Emanzipation Europas bemühen, insbesondere im Bereich Sicherheit, grenzüberschreitende Infrastruktur, Digitalisierung und Zukunftsfähigkeit. Zu einer starken EU gehören **digitale Souveränität**, soziale und ökonomische Konvergenz, eine Stärkung europäischer Wertschöpfungsketten und eine funktionsfähige Governance-Struktur für den Binnenmarkt. Gegenüber globalen Wettbewerbern ist eine kohärente **handels- und wirtschaftspolitische Konzeption** („open strategic autonomy“) der EU erforderlich. Das beinhaltet die Stärkung der WTO (World Trade Organisation), den Abbau von Handelshemmnissen und die Entwicklung strategischer Part-

Doch die europäische Außen- und Sicherheitspolitik steht auf wackeligen Beinen. Und die zunehmende soziale und ökonomische Ungleichheit zwischen den EU-Mitgliedern stellt ein ernsthaftes Problem dar. Auch der Klimaschutz wird nicht durch Partikularismus zu lösen sein. Die zunehmende Zahl von Ländern, die sich ambitionierten Klimazielen verschrieben haben – darunter China und die neue bald ins Amt kommende US-Administration – wird diese Ziele nur erreichen können, wenn auch eine neue Ordnung für den Welthandel diesen Zielen gerecht wird.

ren, darf sich nicht länger im Schatten der USA um die Definition und Durchsetzung eigener sicherheits- und außenpolitischer Interessen drücken. Wir müssen die Chancen vorbereiten und nutzen, die sich aus einer neuen US-Administration und den übergeordneten Klimazielen ergibt.

nerschaften, wie z.B. ASEAN oder das Handels- und Investitionsabkommen EU-Mercosur.

Mehr Investitionen in Produktionskapazitäten in Europa – wie im European Green Deal und im EU Recovery Plan zu recht vorgesehen – unterstützen den nötigen **Strukturwandel zu mehr Nachhaltigkeit**. Auf dieser Basis kann die EU auch die Nachhaltigkeitsziele der Weltgemeinschaft (Sustainable Development Goals) unterstützen, wenn sie ihre Produktionsstandards im Bereich Umwelt, Soziales und gute Unternehmensführung ESG (Environmental and Social Governance) sowohl im Rahmen von Handelsabkommen als auch im multinationalen Unternehmensalltag und internationalen Lieferketten umsetzt und einfordert.



Kontakt: Marei John-Ohnesorg, marei.john@fes.de

Impressum: © Friedrich-Ebert-Stiftung | Herausgeber: Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin
www.managerkreis.de | ISBN: 978-3-96250-738-1 | November 2020

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.
Design: www.zumweissenroessl.de | Druck: Brandt GmbH | 1. Auflage: 1 000 Stück